

„Grün am Steuer, das wird teuer“

(taz, 25.04.2013)

Achtung vor dem Grünen-Wahlprogramm!



„Die Pläne der Partei [der Grünen] belasten keineswegs nur Topverdiener. Hauptverlierer sind die Angehörigen der Mittelschicht. Sie müssen tapfer sein, sollten die Grünen sich tatsächlich durchsetzen.“

Spiegel, 07.04.2013



„Wir dürfen die mittelständische Wirtschaft nicht in der Substanz angreifen.“

Dieter Janecek, Landesvorsitzender der Grünen in Bayern, Spiegel, 07.04.2013



„Eine solche Besteuerung [wie die Grünen sie fordern] hätte eine zusätzliche Belastung der Wirtschaft zur Folge.“

Winfried Kretschmann, in einem Brief an Claudia Roth und Sigmar Gabriel, 12.04.2013

Das Wahlprogramm der Grünen: Kostet viel, riskiert Arbeitsplätze und bevormundet die Bürger

Von der „taz“ über den „Spiegel“ bis hin zum Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), dem „grünen“ Unternehmerverband und Grünen-Politikern selbst – selten wurde ein Wahlprogramm so einhellig kritisiert wie das der Grünen.

Die Hauptkritikpunkte: Die Pläne der Grünen bedeuten massive Steuererhöhungen für Bürger und Unternehmen und bedrohen Arbeitsplätze. Weiterer Kritikpunkt: Die Bevormundungswut der Grünen.

Was die Grünen-Pläne kosten würden und wie sie Arbeitsplätze aufs Spiel setzen

Das hat es selten gegeben: Kurz vor dem Parteitag der Grünen hat der Bundesverband der grünen Wirtschaft „UnternehmensGrün“ vor den Folgen des Wahlprogramms gewarnt. In einem offenen Brief an die Grünen-Spitze heißt es: „Ein Teil der dort enthaltenen steuerpolitischen Vorschläge stoßen bei uns auf große Bedenken und gefährden aus unserer Sicht die Innovationsfähigkeit und Investitionskraft insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen.“ (25.04.2013).

Kritik kommt auch aus der eigenen Partei, Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann warnte in einem Brief vor zu starken Belastungen für die Unternehmen: „Eine solche Besteuerung [wie SPD und Grüne sie fordern] hätte eine zusätzliche Belastung der Wirtschaft zur Folge. Eine Besteuerung von Betriebsvermögen kann, je nach konkreter Ausgestaltung, das Eigenkapital aufzehren und die Investitionsmöglichkeiten des Unternehmens schmälern.“ (12.04.2013)

Und mit dieser Kritik war er nicht alleine: „Wir dürfen die mittelständische Wirtschaft nicht in der Substanz angreifen“, mahnte etwa der Landesvorsitzende der Grünen in Bayern, Dieter Janecek (Spiegel, 07.04.2013). Die stellv. Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Kerstin Andreae, sagte: „Wir dürfen der Wirtschaft nicht die Luft zum Atmen nehmen.“ (Spiegel, 07.04.2013) Und der Mittelstandsbeauftragte der Grünen im Bundestag, Thomas Gambke, gab zu: „Für größere Personengesellschaften ist eine Einkommensteuererhöhung auf 49 Prozent eine Belastung. Da sollten wir nicht drum herumreden.“ (Handelsblatt, 08.04.2013)

Noch auf dem Parteitag warnte Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer: „Ich bitte euch, einmal einen Beschluss zu fassen, der wirtschaftsfreundliche Signale aussendet. [...] Das Gesamtpaket ist nicht ausgewogen, so wird die Schraube überdreht.“ (27.04.2013)

Alle Warnungen blieben ungehört. Auf ihrem Parteitag in Berlin beschlossen die Grünen ein wahres Steuererhöhungs-Feuerwerk! Alleine die zentralen Steuererhöhungen würde für Bürger und Unternehmen eine Belastung von rund **33 Milliarden Euro bedeuten!**

Ein Überblick

(Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums, in: Spiegel, 07.04.2013)

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro auf 45 Prozent, für Einkommen ab 80.000 Euro auf 49 Prozent. Gleichzeitig soll das steuerfreie Existenzminimum auf 8.700 Euro erhöht werden.

Belastung pro Jahr: 3 Mrd. Euro

- Einführung einer Vermögensabgabe für Nettovermögen über 1 Mio. Euro.

Belastung pro Jahr: 11,5 Mrd. Euro (100 Mrd. Euro in 10 Jahren)

- Abschaffung des Ehegattensplittings für Haushaltseinkommen von über 60.000 Euro.

Belastung pro Jahr: 3,5 Mrd. Euro

- Änderung bei der Kerosinbesteuerung, bei der Dienstwagenbesteuerung und Abschaffung von Ausnahmeregelungen bei der Ökosteuer.

Belastung pro Jahr: 7,5 Mrd. Euro (Angabe: Grünen-Wahlprogramm)

- Erhöhung der Erbschaftsteuer: Ziel ist die Verdopplung des Aufkommens.

Belastung pro Jahr: 4,5 Mrd. Euro

- Höhere Mehrwertsteuer u. a. für Fast Food, Hotels, Schnittblumen und Hundefutter

Belastung pro Jahr: 3 Mrd. Euro

Eine höhere Mehrwertsteuer würde viele treffen. Und auch die Erhöhung der Einkommensteuer ging nicht nur zulasten vermeintlich „Reicher“.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) verweist zum Beispiel darauf, dass alleine in der Metall- und Elektroindustrie mehr als 400.000 Arbeitnehmer ein so hohes Gehalt haben, dass sie von den geplanten Einkommensteuerverhöhungen betroffen sein könnten. (iw-Dienst, 21.03.2013) Hier erreichen ältere Facharbeiter durch zusätzliche Monatsgehälter oder Sonderzahlungen schnell einmal 60 000 Euro Jahreseinkommen. Und die durchschnittlichen Bruttogehälter von Ingenieuren mit einiger Berufserfahrung lagen im Jahr 2011 nach Erhebungen des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) zwischen 70 000 und 90 000 Euro im Jahr. (Tagesspiegel, 07.04.2013)

Der „Spiegel“ bringt es auf den Punkt: „Die Pläne der Partei belasten keineswegs nur Topverdiener. Hauptverlierer sind die Angehörigen der Mittelschicht. Sie müssen tapfer sein, sollten die Grünen sich tatsächlich durchsetzen.“ (07.04.2013)

Aber die Pläne der Grünen würden die Bürger nicht nur Geld kosten, sondern auch massiv Arbeitsplätze gefährden. Der DIHK geht nach Berechnungen davon aus, dass jeder Prozentpunkt höhere Einkommensteuer 200.000 weniger Arbeitsplätze bedeutet. Die Pläne von Grünen (und SPD) würden also „1,4 Millionen Jobs kosten“, erklärte DIHK-Präsident Eric Schweitzer. (Wirtschaftswoche, 22.03.2013)

Die Bevormundungspartei

Mit ihren Plänen wollen sich die Grünen wieder einmal stark ins Leben der Bürger und die Arbeit der Firmen einmischen.

Das fängt im Kleinen an: Sie wollen eine Verpackungssteuer einführen und „es zur Pflicht machen, Bioabfall zu trennen und energetisch zu nutzen“. Das geht weiter über ein generelles Tempolimit auf Autobahnen von 120 km/h, auf zweispurigen Schnellstraßen von 80 km/h und Tempo 30 in den Orten.

Die Bevormundung betrifft auch Geringverdiener. Die Grünen wollen Minijobs eindämmen. Dabei sind diese Arbeitsplätze für manche eine willkommene Möglichkeit, sich ein bisschen Geld ohne viel bürokratischen Aufwand dazuzuverdienen. Auch hier warnt Unternehmerverband „UnternehmensGrün“: „Dieser Vorstoß geht völlig an den Realitäten des Arbeitsmarkts – und vor allem auch an den Wünschen hunderttausender geringfügig beschäftigter Arbeitnehmer vorbei. Diese Beschäftigungsverhältnisse sind unbürokratisch und haben in der Vergangenheit dazu beigetragen, die Schwarzarbeit vor

allem im Bereich der Haushaltsdienstleistungen, in der Gastronomie und im Einzelhandel zu verringern.“

Was im Kleinen anfängt, endet beim Großen: Die Grünen wollen massiv in die Wirtschaft in Deutschland eingreifen: „Wir sagen klar, dass es [Wirtschafts-] Bereiche gibt, die schrumpfen müssen, beispielsweise ressourcenintensive Produktion oder Teile der Finanzindustrie.“ Das IW warnt dabei vor „schwerwiegenden Eingriffen in die deutsche Wirtschaftsstruktur mit kaum abschätzbaren Folgen“. (iw-Dienst, 21.03.2013)

Die „Welt“ bringt es abschließend auf den Punkt: „Die große Schreckenserzählung von der ökologischen Apokalypse soll jede denkbare Beschneidung der Eigenverantwortung rechtfertigen. Ökosteuern, Tempolimits, Zwangssanierungen, Ernährungsvorschriften, Glühbirnenverbot, Citymaut. Es gibt wenig, was die Grünen nicht regeln wollen. [...] Die Partei hat dem Land nichts mehr zu bieten, als Bevormundung und Selbstgerechtigkeit.“ (28.03.2013)